

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Farschid, Olaf (2006):

Jihadismus – Ideologie, Kommunikationsstrategien, Wirkung

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(3), 3-13.

doi: 10.7396/2006_3_A

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Farschid, Olaf (2006). Jihadismus – Ideologie, Kommunikationsstrategien, Wirkung, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (3), 3-13, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2006_3_A.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2006

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 4/2014

Jihadismus – Ideologie, Kommunikationsstrategien, Wirkung

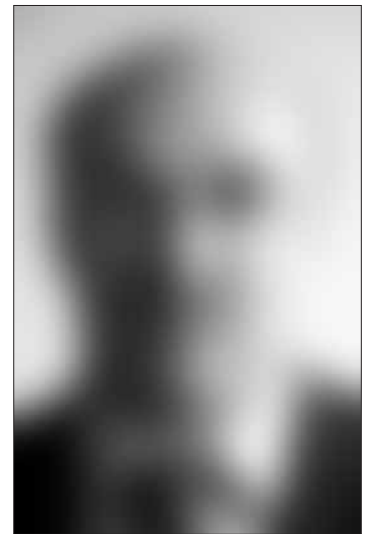
Der Beitrag behandelt den Jihadismus, eine Sonderform des Islamismus, die zweifellos das höchste Gefährdungspotenzial besitzt. Hierbei geht es um die Frage, was die Ideologie und die politische Agenda des Jihadismus kennzeichnen und wie sich dessen Ziele von denen der nicht-gewaltorientierten sowie der anderen gewaltorientierten islamistischen Gruppen unterscheiden. Hierzu werden die von "al-Qa'ida" in Umlauf gebrachten Audio-, Video- und Internetbotschaften von Usama Bin Ladin, Aiman al-Zawahiri und – des inzwischen getöteten – Abu Mus'ab al-Zarqawi betrachtet und ihr Einfluss auf Motivation und strategische Ausrichtung von Attentätern beleuchtet. Abschließend geht es um die Wirkung jihadistischer Ideologie am Beispiel der neuen Aktions- und Rekrutierungsbasis Irak sowie der Anschläge von Madrid und London. Die Tatsache, dass es in Europa offenbar nicht grenzüberschreitender Strukturen des Netzwerks "al-Qa'ida" bedarf, um hier terroristisch aktiv zu werden, sondern es sich als ausreichend erweist, dass sich potenzielle Täter von der "al-Qa'ida"-Ideologie "inspirieren" lassen, erschwert ihre Bekämpfung erheblich.

Der Begriff Islamismus. Konsens der Sicherheitsbehörden ist die Aussage, dass der Islamismus eine politische Ideologie der Gegenwart darstellt, die ihn vom Islam, einer im 7. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel entstandenen Religion, abgrenzt. Islamismus bezeichnet den Versuch einzelner Gruppen, die islamische Religion zu ideologisieren und sie dazu zu missbrauchen, ein islamistisches Herrschaftssystem zu errichten. Diese – erst seit wenigen Jahren als "Islamismus" bezeichnete – Richtung wird auch "politischer Islam", "islamischer Fundamentalismus", "Integrismus" oder "Salafiya-Islam" genannt. Verwirrung stiften allerdings neue

Begrifflichkeiten, die in Namensbezeichnungen diverser islamistischer – insbesondere gewaltorientierter – Gruppen auftauchen. Hierzu zählt der Begriff der "jihadistischen Salafisten", der gewaltausübende Anhänger frühislamischer Herrschafts- und Lebensformen bezeichnet. Ein weiterer Begriff ist der des "Takfir", der für die – aus der Sicht ihrer Anhänger vermeintlich gerechtfertigte – Exkommunizierung jener Muslime steht, die im Sinne islamistischer Ideologie als "nicht-linientreu" gelten. Mindestens vier islamistische Gruppierungen verwenden den Begriff des "Tauhid" in ihrem Namen. Dieser ursprünglich nur den "Monotheismus" bezeichnende Begriff wird von einigen Islamisten allerdings im Sinne einer "einheitlichen Weltanschauung" verstanden, wobei die militantesten unter ihnen versuchen, hiermit die Tötung vermeintlicher "Feinde des Islam" zu legitimieren. Die Unübersichtlichkeit ist nicht allein durch die arabischen Fremdworte bedingt. Vielmehr stehen die Begriffe für unterschiedliche ideologische Akzente im islamistischen Spektrum, die sich teilweise überschneiden. In ihrer Gesamtheit bezeichnen sie Strömungen des Jihadismus, der eine Unterform des Islamismus bildet.

Ideologie und politische Agenda des Jihadismus. Im Gegensatz zu den nicht-gewaltorientierten sowie den anderen gewaltorientierten islamistischen Gruppen haben sich Terrornetzwerke wie "al-Qa'ida" ("Die Basis") oder das Netzwerk von Abu Mus'ab az-Zarqawi vorrangig dem militanten Jihad verschrieben und agieren transnational; ihre Akteure werden deshalb Neudeutsch als "Jihadisten" bezeichnet, in der älteren Form als Mujahidin ("Kämpfer"). Zusammen mit den regional gewaltausübenden Gruppen – wie etwa der libanesischen "Hizb Allah" ("Partei Gottes") sowie den beiden palästinensischen Gruppen "Bewegung des islamischen Widerstands" (HAMAS) und "Palästinensischer Islamischer Jihad" (PIJ) – ist diese auf ex-

Olaf Farschid



Olaf Farschid, Dr.,

Wissenschaftlicher Referent der Abteilung Verfassungsschutz in der Berliner Senatsverwaltung für Inneres. Studium der Islamwissenschaft und der Politischen Wissenschaften an der Freien Universität Berlin; 1994-1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients der Freien Universität Berlin; 1999-2002 wissenschaftlicher Referent am Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft in Beirut.

e-mail:

farschid@seninn.verwalt-berlin.de

Der Jihadismus hat seine Ursprünge in den Schriften des Ägypters Sayyid Qutb (1906-1966). Dessen Ideologie besteht vor allem aus der Methode der Exkommunizierung (takfir) und des unter dem Motto des Jihad geführten militärischen Kampfes.

Jihadisten geht es nicht primär um die Errichtung einer islamistischen Staatsordnung, sondern um einen vermeintlich endgültigen Triumph ihrer Islam-Konzeption durch Terrorismus.

Die Agenda der Jihadisten ist teilweise internationalistisch und gibt sich aufgrund aggressiver Feindbilder vom Westen, von seinem politischen System und seiner im Nahen und Mittleren Osten verfolgten Bündnispolitik betont anti-westlich.

zessive Gewaltanwendung hin orientierte Minderheit unter den Islamisten für den Großteil der Gewaltakte der letzten Jahre verantwortlich. Unter den Jihadisten bzw. Mujahidin gibt es wiederum an "al-Qa'ida" organisatorisch "gebundene Mujahidin" (aligned Mujahidin) sowie "ungebundene Mujahidin" (non-aligned Mujahidin). Letztere sind von "al-Qa'ida" v.a. ideologisch beeinflusst.

Der Jihadismus hat seine Ursprünge in den Schriften des Ägypters Sayyid Qutb (1906-1966). Dessen Ideologie besteht vor allem aus der Methode der Exkommunizierung (takfir) und des unter dem Motto des Jihad geführten militärischen Kampfes. Dies bedeutet, Menschen und Gesellschaft für "heidnisch unwissend" zu erklären und diese per Exkommunikation außerhalb der Gemeinschaft der Muslime zu stellen sowie politische Systeme und Staatsführer als vermeintlich unislamisch zu verketzern und mittels Jihad gewaltsam zu bekämpfen.

Transnational agierende Jihadisten verkörpern eine neuartige Form des Islamismus. Jihadisten geht es nicht primär um die Errichtung einer islamistischen Staatsordnung, sondern um einen vermeintlich endgültigen Triumph ihrer Islam-Konzeption durch Terrorismus. Hierzu setzen sie auf den Jihad als pseudoreligiös legitimierte Kampfform. Ihre Vorstellungen sind geprägt von dualistischen Weltbildern (Unterscheidung zwischen Gut und Böse, zwischen Gläubigen und Ungläubigen), Elementen eines Martyriums- und Endzeitglaubens sowie dem – allerdings in keiner Hinsicht erfüllten – Anspruch auf weltweite Führung "der Muslime".

Die Agenda der Jihadisten ist teilweise internationalistisch und gibt sich aufgrund aggressiver Feindbilder vom Westen, von seinem politischen System und seiner im Nahen und Mittleren Osten verfolgten Bündnispolitik betont anti-westlich. Gewaltakte und Rhetorik zielen hierbei insbesondere gegen die USA und Israel. Zur inter-

nationalistischen Ideologie von "al-Qa'ida" gehört zum einen die Rechtfertigung des Kampfes gegen den Westen als vermeintlich anti-kolonialistisch und zum anderen die Instrumentalisierung der auch unter nicht-extremistisch gesinnten Menschen verbreiteten Unzufriedenheit mit den autokratischen Herrschaftsformen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Zentraler Bestandteil der Ideologie von "al-Qa'ida" ist ferner der Bezug auf ungelöste politische Regionalkonflikte – etwa auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, den Kaschmir- oder den Tschetschenienkonflikt. Betont anti imperialistisch gibt sich die Propaganda von "al-Qa'ida" durch die Instrumentalisierung der Anwesenheit alliierter Truppen im Irak, die – trotz der von einer Mehrheit begrüßten demokratischen Entwicklung – von vielen Menschen weiterhin als eine unerwünschte Besatzung betrachtet wird.

Die Kommunizierung jihadistischer Ideologie.

Die Audio- und Videobotschaften von "al-Qa'ida". Entscheidenden Anteil an der Herausbildung von Affinitäten zum Jihadismus hat vor allem das Netzwerk "al-Qa'ida", das in den letzten Jahren vermehrt als "ideologische Leitstelle" zu fungieren scheint und mittels seiner Audio- und Videobotschaften Motivation und strategische Ausrichtung von Attentätern maßgeblich beeinflusst. Mittels der von Bin Ladin, Aiman al-Zawahiri, Abu Mus'ab al-Zarqawi sowie weiteren diversen Gruppen über kommerzielle pan-arabische Fernsehsender wie "al-Jazeera" und "al-Arabiya" verbreiteten Audio- und Videobotschaften führen "al-Qa'ida" und ideologisch verwandte Gruppen eine professionelle Medienoffensive. Diese zielt auf die Steigerung der medialen Wirkung von Terroranschlägen sowie die Mobilisierung von Anhängern und die Rekrutierung neuer Attentäter.

Ideologische Feindbilder. Zu den wichtigsten ideologischen Bestandteilen der Audio- und Videobotschaften aus dem Umfeld von "al-Qa'ida" gehören – neben der Forderung nach "wahrhaft islamischer Herrschaft" und der Vertreibung ausländischer Truppen aus der Region – vor allem die Exkommunizierung (takfir) von als "nicht Islam-konform" verketzten Muslimen und die Stigmatisierung von Nicht-Muslimen als vermeintliche "Ungläubige".

Um die Gewaltanwendung gegen beide zu rechtfertigen, berufen sich die Botschaften vor allem auf den Jihad als vorgeblich legitime Form des Kampfes. Den Jihad deklarieren die Terroristen selbst im Falle eigener Angriffe als Verteidigung, erheben ihn zu einer vermeintlich individuellen Pflicht eines jeden Muslims und versuchen, auf diese Weise Anschläge und Massenmord zu rechtfertigen. Hierzu agitieren die Audio- und Videobotschaften mit teils drastischen Feindbildern. Diese betreffen nicht allein – als vermeintliche "Ungläubige" diffamierte und zu "Kreuzzüglern" erklärte – Juden und Christen, sondern auch jene Mehrzahl der Muslime, die den politischen Vorstellungen der Militanten, ihrem Bild eines "system-konformen" Muslims oder ihrer eng gefassten salafistischen Islam-Interpretation entgegenstehen.

So zielt die Propaganda auf fast sämtliche politische Führer in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, deren Herrschaft als vermeintlich unislamisch abgelehnt wird. Im Irak betreffen die Gewaltaufrufe aus dem Umfeld von "al-Qa'ida" vor allem die ethnische Gruppe der Kurden sowie Angehörige der schiitischen Konfession. Deren Tötung suchen die Militanten mit "Kollaboration" sowie mit vorgeblicher Häresie (Schiiten stellen eine heterodoxe Strömung im Islam dar) zu begründen.

Zentrale Inhalte der Erklärungen. Durchgängiges Element der 2005 in Umlauf gebrachten Audio- und Videobotschaften so-

wie Interneterklärungen aus dem Umfeld von "al-Qa'ida" waren gezielte, wenn auch wenig konkretisierbare Anschlagdrohungen, die eine internationale und eine regionale Dimension aufweisen. Die Drohungen richteten sich vor allem gegen die USA, gegen Israel sowie gegen jene Staaten, die im Irak oder in Afghanistan Truppen unterhalten oder die dortigen neuen Regierungen durch Hilfsmaßnahmen unterstützen. Mit dem Tode bedroht wurden ferner Mitarbeiter der Vereinten Nationen sowie Regierungsvertreter, Wähler und Kandidaten der zahlreichen Wahlen und Abstimmungen im Irak.

Darüber hinaus wurden erneut fast sämtliche politische Führer in den muslimischen Ländern (in den arabischen Staaten, in Pakistan und in Afghanistan) für exkommuniziert erklärt und "die Muslime" zum Sturz ihrer Regierungen aufgerufen. Ferner wurde an "alle Muslime" appelliert, im Namen des Jihad einen weltweiten Kampf gegen sogenannte "Kreuzritter", dh westliche Ziele, zu führen, und militante Organisationen sowie terroristische Kleingruppen wurden für Anschläge gelobt.

Audiobotschaften von Usama Bin Ladin.

Nachdem es 2005 von Usama Bin Ladin keinerlei Verlautbarungen gegeben hatte, meldete er sich am 19. Januar 2006 in einer Audiobotschaft zu Wort. Hierin drohte er den USA mit Anschlägen in ihrem Lande und bot ihnen einen Waffenstillstand an, falls sie ihre Truppen aus Afghanistan und dem Irak zurückzögen. Mittels der Audiobotschaft, die vor allem den – sowohl gegenüber der westlichen Staatengemeinschaft als auch den Anhängern und Sympathisanten von "al-Qa'ida" demonstrierten – Nachweis zum Ziel hat, dass er nach wie vor am Leben ist, soll vor allem der Eindruck vermittelt werden, dass Bin Ladin weiter in operative Planungen des Terrornetzwerks eingebunden sei und diese steuere. Darüber hinaus versucht Bin Ladin, sich weiter als antiimperialistischer

Zu den wichtigsten ideologischen Bestandteilen der Audio- und Videobotschaften aus dem Umfeld von "al-Qa'ida" gehören – neben der Forderung nach "wahrhaft islamischer Herrschaft" und der Vertreibung ausländischer Truppen aus der Region – vor allem die Exkommunizierung (takfir) von als "nicht Islam-konform" verketzten Muslimen und die Stigmatisierung von Nicht-Muslimen als vermeintliche "Ungläubige".

So zielt die Propaganda auf fast sämtliche politische Führer in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, deren Herrschaft als vermeintlich unislamisch abgelehnt wird.

Bild oben:
USAMA BIN LADIN IN DER
VIDEOBOTSCHAFT AM
23. APRIL 2006
 (Quelle: Internet)



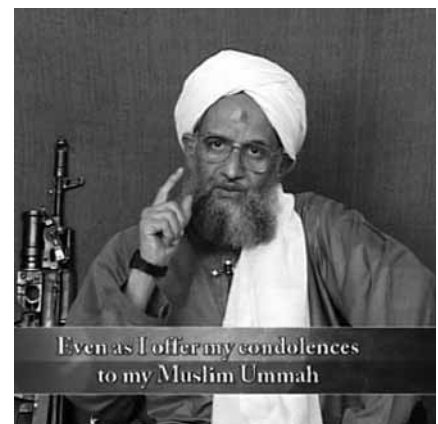
Bild unten:
AL ZAWAHIRI IN
EINER VIDEOBOTSCHAFT
 (Quelle: Internet)

Kämpfer und als politisch-religiöse Führungsfigur der gesamten muslimischen Welt zu präsentieren.

Dieses Ziel verfolgte Bin Ladin auch in seiner Audiobotschaft vom 23. April 2006. Hierin warf er den westlichen Staaten vor, einen "Kreuzzugs-Krieg gegen den Islam" zu führen, und rief die Mujahidin im Sudan auf, im Süden des Landes "gegen die Kreuzzügler" zu kämpfen. Darüber hinaus diffamierte er die UNO als "ungläubige Institution" und bezeichnete den UN-Sicherheitsrat als von "Kreuzzüglern und buddhistischen Heiden" dominiert. Ferner bezog er sich auf die Affäre um die umstrittenen Muhammad-Karikaturen und rief zum Boykott der Produkte derjenigen Staaten auf, die sich daran beteiligt hätten oder diese rechtfertigten. Diesbezüglich forderte Bin Ladin die Überstellung oder Tötung all jener, die den Propheten Muhammad beleidigt hätten.

Videobotschaften von Aiman al-Zawahiri. Im Zentrum der Medienoffensive von "al-Qa'ida" stehen allerdings die Videobotschaften von Aiman al-Zawahiri, des Stellvertreters von Usama Bin Ladin, von denen 2005 elf und 2006 bisher vier gesendet wurden. In seinen Videobotschaften versucht al-Zawahiri, sich mit szenischen Mitteln, die ihn mit Turban, weißem Gewand und Kalaschnikow zeigen, als religiöse Person zu stilisieren und den ungebro-

chenen Kampfeswillen von "al-Qa'ida" zu demonstrieren. So betont al-Zawahiri in mehreren Botschaften den militanten Jihad und die Notwendigkeit, diesen unvermindert fortzusetzen. Ziel des Jihad sollten vor allem die Regierungen Ägyptens, Saudi-Arabiens und Pakistans sein, die er zu "unislamischen diktatorischen Regimen" erklärt und deren Staatsoberhäupter – etwa den pakistanischen Premierminister Parviz Musharraf – er als vermeintliche Ungläubige diffamiert. Hauptschauplatz des Jihad sei allerdings der Irak, wo Abu Mus'ab al-Zarqawi an vorderster Front kämpfe. Ferner appellierte Zawahiri an alle "rechtgläubigen" Iraker, Syrer, Türken und Araber, mit allen Mitteln den Kampf der Jihadisten im Irak zu unterstützen.



Im Fokus seiner Kritik standen ferner westliche Demokratie- und Reformbemühungen in den muslimischen Ländern. Mehrfach diffamierte Zawahiri Demokratie als Mittel des Westens zur Unterdrückung der Muslime und behauptete, dass Demokratie nur zur Durchsetzung amerikanischer Interessen in der Region dienen würde. Er verurteilte insbesondere die erfolgreichen Parlamentswahlen in Afghanistan sowie die in den palästinensischen Gebieten geplanten Wahlen und lehnte deren "säkulare Verfassungsordnungen" als ver-

Im Zentrum der Medienoffensive von "al-Qa'ida" stehen allerdings die Videobotschaften von Aiman al-Zawahiri, des Stellvertreters von Usama Bin Ladin, von denen 2005 elf und 2006 bisher vier gesendet wurden.

meintlich unislamisch ab. Die beiden islamistischen Gruppen HAMAS und "Palästinensischer Islamischer Jihad" (PIJ) warnte er mehrfach davor, ihre Gewaltorientierung aufzugeben und sich von "islamfeindlichen" und "konfessionslosen" Kräften wie der palästinensischen Autonomiebehörde in das politische System integrieren zu lassen. An die HAMAS richtete er nach ihrem Wahlsieg im Januar 2006 die Aufforderung, keine Vereinbarungen mit Israel abzuschließen, da diese "Kapitulationsabkommen" gleichkämen und "Palästina" unveräußerbares "islamisches Land" darstellen würde. Darüber hinaus verstoße ein Friedensabkommen mit Israel gegen die Scharia sowie gegen das Prinzip des Tauhid. Eine Anerkennung Israels durch die HAMAS, wie sie UNO, EU, USA und Russland fordern, käme sogar der "Preisgabe des Islam" gleich.

Gegenstand mehrerer Videobotschaften 2005 waren die von ihm als "gesegneter Kriegszug" bezeichneten Anschläge von London am 7. Juli 2005, für die er die britische Regierung verantwortlich machte und die er mit deren Weigerung begründete, auf das von Bin Ladin 2004 unterbreitete "Friedensangebot" einzugehen, das den europäischen Nationen ein Aussetzen der Anschläge in Aussicht gestellt hatte, falls sie binnen dreier Monate ihre Truppen abzögen und auf eine politische Einflussnahme im Mittleren Osten verzichteten.

Darüber hinaus bezeichnete al-Zawahiri jene Mehrzahl muslimischer Staatsführer und Theologen, die die Terroranschläge auf das Schärfste verurteilt hatten, als "Verräter". Interessanterweise ließ al-Zawahiri die Verurteilung der Anschläge durch andere islamistische Organisationen unkommentiert. Ausdrücklich verurteilt hatten die Anschläge von London sowohl nicht-gewaltorientierte Gruppen wie die "Muslimbruderschaft" als auch regional gewaltausübende Gruppen wie die palästinensische HAMAS oder die libanesische "Hizb Allah".

In einem weiteren Video stellte al-Zawahiri die Behauptung auf, die Londoner Anschläge seien im Namen von "al-Qa'ida" ausgeführt worden. Das Bekenntnis zu den Anschlägen ist aus Sicht der Sicherheitsbehörden bisher allerdings nicht als Beweis für die operative Einbindung der "al-Qa'ida"-Führung zu werten. Vielmehr scheint "al-Qa'ida" die Anschläge nachträglich ideologisch zu vereinnahmen, um der Öffentlichkeit ihre Handlungsfähigkeit sowie ihren Einfluss auf die internationale Jihadisten-Bewegung zu demonstrieren.

Wie in vorangegangenen Botschaften, in denen dem Westen verheerende Anschläge und der Zusammenbruch ihrer Wirtschaftssysteme prophezeit worden waren, flankierte al-Zawahiri sein Bekenntnis zu den Londoner Anschlägen mit weiteren Anschlagsdrohungen und versuchte, diese erneut mit der britischen Politik im Mittleren Osten und der Ablehnung des sogenannten "Friedensangebots" Bin Ladins vom April 2004 zu begründen. Seine Drohungen richtete er insbesondere gegen jene Staaten, die in muslimischen Ländern Truppen stationiert haben oder den dortigen Regierungen Hilfe leisten.

Die Video- und Audiobotschaften von Abu Mus'ab al-Zarqawi. Bevor er am 7. Juni 2006 bei einem Luftangriff nahe Ba'quba nördlich von Bagdad gezielt getötet wurde, hatte sich Abu Mus'ab al-Zarqawi in einer am 25. April 2006 im Internet platzierten Botschaft erstmals auf einem Videoband präsentiert. Hierin prophezeite er den USA – wie zuvor bereits al-Zawahiri – ein Scheitern im Irak und warf ihnen zugleich vor, nicht auf das neue Waffenstillstandsangebot Bin Ladins vom 23. April 2006 eingegangen zu sein. Er betonte mehrfach den Kampf im Irak und warnte die irakische Polizei und Armee vor weiteren Anschlägen. Mit Blick auf die Außenwirkung schien das Video darauf abzuführen, nach der heftigen Kritik, die das exzessive Töten des Zarqawi-Netzwerks auch

In einem Video stellte al-Zawahiri die Behauptung auf, die Londoner Anschläge seien im Namen von "al-Qa'ida" ausgeführt worden. Das Bekenntnis zu den Anschlägen ist aus Sicht der Sicherheitsbehörden bisher allerdings nicht als Beweis für die operative Einbindung der "al-Qa'ida"-Führung zu werten.

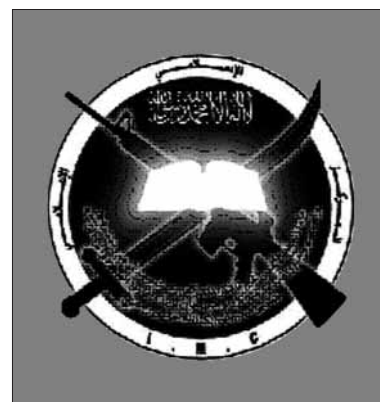
Bevor Abu Mus'ab al-Zarqawi am 7. Juni 2006 bei einem Luftangriff nahe Ba'quba nördlich von Bagdad gezielt getötet wurde, hatte er sich in einer am 25. April 2006 im Internet platzierten Botschaft erstmals auf einem Videoband präsentiert.

innerhalb von "al-Qa'ida" hervorgerufen hatte, Einheit zur "al-Qa'ida"-Zentralorganisation zu demonstrieren. Hierfür spricht auch die Verwendung des Ehrentitels "Emir" für Bin Ladin. Darüber hinaus versuchte Zarqawi, sich als militärischer Führer der bewaffneten irakischen Widerstandsgruppen zu präsentieren und zugleich seine – allerdings eher formelle – Unterordnung seines Netzwerks unter das von ihm dominierte, neugegründete "Beratungsgremium der Mujahidin" ("Majlis shura al-mujahidin") im Irak zu demonstrieren.

**Bild links:
AL ZARQAWI**
(Quelle: Internet)



**Bild rechts:
LOGO IMC**
(Quelle: Internet)



Zu einem zentralen Instrument der propagandistischen Vorbereitung und der nachträglichen Legitimation von Terrorismus ist in den vergangenen Jahren vor allem das Medium Internet geworden.

Zuvor existierten lediglich Audiobotschaften von Abu Mus'ab al-Zarqawi. So beinhaltet seine 2005 an Hand von acht Audiobotschaften vorliegende Propaganda vor allem Drohungen gegen die alliierten Truppen im Irak sowie an die Iraker gerichtete Warnungen, sich an den demokratischen Prozessen im Lande zu beteiligen und mit der neuen irakischen Regierung, die er als "vom Islam abgefallen" diffamiert, zusammenzuarbeiten. Ferner betonte Zarqawi mehrfach die Fortsetzung des bewaffneten Jihad ohne territoriale Begrenzung und bekannte sich zu zahlreichen – etwa den im Namen der "Löwen der Einheit Gottes" verübten – Autobomben- und Selbstmordanschlägen.

Im Mittelpunkt seiner Botschaften hatte darüber hinaus die an die Sunniten im Irak gerichtete Aufforderung gestanden, die Schiiten gewaltsam zu bekämpfen. Das – von verschiedensten Seiten, darunter auch von zahlreichen gewaltorientierten islamistischen Gruppen, heftig kritisierte – exzessive Töten von Zivilpersonen versuchte er mehrfach damit zu rechtfertigen, dass Autobomben- und Selbstmordanschläge einem höheren Zweck, nämlich dem Jihad gegen "Ungläubige", dienten und dass im Kampf gegen die amerikanische Besatzung der Tod von Zivilisten in Kauf genommen werden müsse.

Das Medium Internet. Zu einem zentralen Instrument der propagandistischen Vorbereitung und der nachträglichen Legitimation von Terrorismus ist in den vergangenen Jahren vor allem das Medium Internet geworden. Wie die immens

gestiegene Zahl islamistischer Websites zeigt, nutzen "al-Qa'ida" und Sympathisanten das World Wide Web mit zunehmender Intensität. Als kaum kontrollierbar erweisen sich neben den mehr als 4000 offen zugänglichen islamistischen Websites insbesondere das Schatten-Web (dark web) oder geschlossene Benutzergruppen im sogenannten hidden web. Ziele der über offene Internetseiten und schwer zugängliche chatrooms verbreiteten Propaganda sind vor allem die Rekrutierung potenzieller Attentäter, ihre ideologische Schulung sowie die Verbreitung konkreter Handlungsanleitungen für Anschläge. Da auf diese Weise zentrale Teile der von "al-Qa'ida" verfassten "Enzyklopädie des Jihad" ungehindert verbreitet werden, droht sich über das Internet eine virtuelle Gemeinschaft potenzieller Jihadisten herauszubilden. Die frei von geografischen Grenzen kommunizierbare Jihad-Ideologie kann, wie die Anschläge von Madrid und London zeigen, auch auf organisatorisch nicht an "al-Qa'ida" gebundene Personen stimulierend wirken.

Einige der zahlreichen islamistischen Internetpublikationen weisen eine bemerkenswerte Professionalität auf. Zu den auf häufig wechselnden Rechnern, über freeserver oder über verdeckt genutzte Fremdserver ins Netz gestellten Internetmagazinen zählen neben den Online-Magazinen "Mu'askar al-Battar" ("Battar-Militärlager"), "Saut al-Jihad" ("Stimme des Jihad") neue Magazine wie "al-Qal'a" ("die Festung"), "tajdid" ("Neuerung") oder "al-mas'ada" ("die Löwenhöhle").

Zentrales Publikationsforum des Netzwerks "al-Qa'ida" und seiner Sympathisanten ist seit 2004 das "Islamic Media Centre" (IMC). In diesem Forum, das umfangreiche Propagandasammlungen verschiedenster islamistischer Gruppen anbietet, finden sich neben gewaltverherrlichender Jihad-Propaganda detaillierte Anleitungen zum Bombenbau, Gift- und Waffenbücher sowie als vermeintliche Rechtsgutachten (Fatwas) deklarierte Gewaltpamphlete selbsternannter Muftis.

Teil des Angebots einer sich "Global Islamic Media Front" (GIMF) bezeichnenden Plattform ist eine Nachrichtensendung namens "Saut al-Khilafa" (Stimme des Kalifats). Diese polemisiert mit dem Slogan "ein wahres Wort gegenüber der Unwahrheit" heftig gegen sämtliche westlichen wie auch die pan-arabischen Fernsehsender "al-Jazeera" und "al-Arabiya". Hier werden aktuelle politische Ereignisse aus Sicht der Jihadisten dargestellt, neue Attentäter angeworben und Gewalttaten pseudoreligiös legitimiert.

Ein wichtiges Element der Internet-Propaganda ist auch die Desinformation mittels vermeintlicher Selbstbeziehungsschreiben. Ziel dieser etwa von den "Abu Hafs al-Masri Brigaden" verbreiteten, allerdings häufig nicht authentischen Botschaften ist die Irreführung der Sicherheitsbehörden in den westlichen Staaten, die Aufrechterhaltung eines Zustands permanenter Anschlaggefahr sowie die Verbreitung von Angst und Schrecken vor Terroranschlägen unter der Bevölkerung.

Im Rahmen der vom Netzwerk "al-Qa'ida" und seinen Sympathisanten verfolgten Taktik, in einem über Fernseh- und Internetbotschaften geführten "Medienkrieg" Terrordrohungen gegen westliche Staaten und mittelöstliche Regierungen zu richten, wird weiter auf den Einsatz von Geiselveideos gesetzt. Zweck dieser vor allem auf die Einschüchterung der Öffentlichkeit in den westlichen Staaten zielenden Videos, in denen nicht zuletzt die Effekte bestialischer Tötungen bewusst einkalkuliert sind, ist die Erpressung und Abschreckung westlicher und mittelöstlicher Regierungen im Sinne von "al-Qa'ida".

Als kaum kontrollierbar erweisen sich neben den mehr als 4000 offen zugänglichen islamistischen Websites insbesondere das Schatten-Web (dark web) oder geschlossene Benutzergruppen im sogenannten hidden web.

Einige der zahlreichen islamistischen Internetpublikationen weisen eine bemerkenswerte Professionalität auf.

Ein wichtiges Element der Internet-Propaganda ist auch die Desinformation mittels vermeintlicher Selbstbeziehungsschreiben.

Wie die vor allem im Irak, aber auch in Ägypten, Jordanien, Pakistan und Afghanistan verübten Anschläge deutlich machen, geht es "al-Qa'ida" und den verbündeten Netzwerken nach wie vor um die Vertreibung ausländischer Truppen aus der Region, um den Sturz der Regierungen in den arabischen und muslimischen Ländern sowie um das Fernziel der Vernichtung Israels.

Insbesondere der Irak hat sich in den vergangenen drei Jahren zu einer zentralen Aktions- und Rekrutierungsbasis für den islamistischen Terrorismus entwickelt, die Glaubenskämpfer aus der arabischen Welt und aus Europa anzieht.

Die Wirkung jihadistischer Ideologie.

Strategie der internationalen Anschläge. Welche Wirkung jihadistische Ideologie entfalten kann, belegt auch die hohe Zahl der dem Netzwerk "al-Qa'ida" und den organisatorisch oder ideologisch mit ihm verbundenen Gruppen zuzuordnenden Anschläge, die zugleich eine internationale und eine regionale Stoßrichtung offenbaren. Der Schwerpunkt der Terroraktivitäten lag auch 2004 und 2005 in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Wie die vor allem im Irak, aber auch in Ägypten, Jordanien, Pakistan und Afghanistan verübten Anschläge deutlich machen, geht es "al-Qa'ida" und den verbündeten Netzwerken nach wie vor um die Vertreibung ausländischer Truppen aus der Region, um den Sturz der Regierungen in den arabischen und muslimischen Ländern sowie um das Fernziel der Vernichtung Israels. Wie auch der bereits 2004 verhinderte Giftgasanschlag auf die Zentrale des jordanischen Nachrichtendienstes GID gezeigt hat, begrenzen insbesondere dem Zarqawi-Netzwerk zuzuordnende Anhänger ihre Operationen nicht auf Anschläge im Irak, sondern agieren auch in den Nachbarregionen. Dies belegen die im August 2005 aufgedeckten Pläne für Anschläge auf israelische Kreuzfahrtschiffe an der türkischen Südküste, der fehlgeschlagene Raketenangriff auf ein US-Kriegsschiff vor Aqaba am 24. August 2005 sowie die mindestens 70 Tote fordernden Selbstmordanschläge auf drei Hotels in Amman am 9. November 2005.

Das Beispiel Irak: Die neue Aktions- und Rekrutierungsbasis.

Nationalistische und jihadistische Terrornetzwerke. Insbesondere der Irak hat sich in den vergangenen drei Jahren zu einer zentralen Aktions- und Rekrutierungsbasis für den islamistischen Terrorismus entwickelt, die Glaubenskämpfer aus der

arabischen Welt und aus Europa anzieht. Da eine Rückkehr kampferprobter Jihadisten in die europäischen Staaten droht, hat das Fortdauern der von Krieg und Bürgerkrieg gezeichneten Lage im Irak unmittelbare Wirkung auf die Sicherheit Europas.

Begünstigt durch die instabilen Verhältnisse, insbesondere durch das Fehlen einer effektiven Zentralgewalt, haben sich im Irak neue terroristische Netzwerke herausgebildet. Ein Teil der mit "al-Qa'ida" nur lose verbundenen Gruppen existierte zwar schon vor 2001, hat aber seit 2003 erheblich an Zuwachs gewonnen. Bei den militanten "Widerstandsgruppen" handelt es sich um – aus der aufgelösten Baath-Partei und der irakischen Armee stammende – irakische Nationalisten sowie um islamistisch orientierte Gruppen. Hierzu zählen etwa die arabisch-sunnitische "Islamische Armee im Irak" ("al-Jaish al-islami fi'l-iraq") oder die kurdisch-islamistische Gruppe "Helfer des Islam" ("Ansar al-Islam", AAI), die seit 2004 unter dem Namen "Armee der Helfer der Sunna" ("Jaish Ansar al-Sunna", kurz: "Ansar al-Sunna", AAS) agiert. Da die AAI bzw. AAS im Irak erheblich an Zulauf gewann, in Europa Helfernetzwerke unterhält und hier auch an der Vorbereitung terroristischer Aktionen beteiligt war, besteht die Gefahr, dass sie sich in Zukunft zur Keimzelle einer neuen transnational operierenden Organisation entwickelt.

Das Zarqawi-Netzwerk. Im Zentrum des islamistisch geprägten "bewaffneten Widerstands" im Irak steht das Netzwerk von Abu Mus'ab al-Zarqawi, das in den vergangenen drei Jahren seinen Namen mehrfach wechselte. Bis Ende 2004 firmierte es unter dem Namen "Gruppe für das Einheitsbekenntnis und den Jihad" ("Jama'at al-tauhid wa'l-jihad"), bevor es in "Basis des Jihad im Zweistromland" ("Qa'idat al-jihad fi bilad al-rafidain") umbenannt wurde und Zarqawi seine Zugehörigkeit zu "al-Qa'ida" erklärt hatte. Seit Januar 2006 ope-

riert das Zarqawi-Netzwerk unter der Bezeichnung "Beratungsgremium der Muhjahidin" ("Majlis shura al-mujahidin"), einem Zusammenschluss aus acht militanten Gruppen, das von der Zarqawi-Gruppe allerdings dominiert wird. Dem Zarqawi-Netzwerk scheinen sich in letzter Zeit verstärkt Anhänger Saddam Hussains, einheimische Islamisten sowie vor allem ausländische Islamisten anzuschließen. Galt die Zarqawi-Gruppe vor 2002 als vorwiegend jordanisch-palästinensische Truppe mit begrenztem terroristischen Potenzial, hat sie sich seit Sommer 2003 zu einem multinationalen Netzwerk entwickelt, dem inzwischen Syrer, Saudis, Kuwaitis sowie eine große Zahl einheimischer Iraker angehören. Da die Angriffe als besonders effektiv gelten, hat das Zarqawi-Netzwerk für viele Islamistenkreise Vorbildcharakter, und zahlreiche islamistische Gruppen sind um einen Anschluss bemüht. Sie eint das gemeinsame Ziel, die alliierten Besatzungstruppen und den neuen Staat zu bekämpfen sowie auf irakischem Boden ein islamistisches Staatswesen zu errichten.

Die Bürgerkriegsstrategie. Ziele der Anschläge auf alliierte Truppen, auf führende Repräsentanten der neugeschaffenen irakischen Institutionen, auf die neuformierten Sicherheitskräfte sowie auf unbeteiligte Zivilisten sind die permanente Destabilisierung, das Schüren von Konflikten zwischen den Volksgruppen und Religionsgemeinschaften sowie die Unterbindung des demokratischen Prozesses im Lande. So bedrohte das Zarqawi-Netzwerk sämtliche Wähler und Kandidaten mit dem Tode, falls sie an den für 2005 geplanten Wahlen und Abstimmungen teilnahmen oder hierfür kandidierten. Allerdings vermochten weder die Morddrohungen, noch die unzählige Tote fordernden Anschläge auf Stimmlokale die Institutionenbildung im Lande aufzuhalten, denn die Iraker bekundeten ihren Willen nach demokratischen Verhältnissen mit beeindruckender Courage und beteilig-

ten sich 2005 mehrheitlich an den Wahlen und Abstimmungen zur irakischen Nationalversammlung (30. Januar), Regierung (4. Mai), Verfassung (15. Oktober) und zum Parlament (15. Dezember). Der neu gewählten Regierung gelang es allerdings nicht, die nach wie vor nicht befriedigende Sicherheitslage in den Griff zu bekommen.

Den Terroristen im Irak geht es vor allem darum, die Alliierten durch Anschläge auf militärische und zivile Objekte zu zermürben und zu einem Abzug zu zwingen. Der Truppenabzug einiger Staaten sowie die Rückbeorderung von Mitarbeitern internationaler Hilfsorganisationen und der UNO machen deutlich, dass die Entführungen und Tötungen von Geiseln sowie die Behinderung jeglicher Maßnahmen zur Wiederherstellung von Sicherheit und Infrastruktur im Lande ihre Wirkung nicht verfehlen.

In seiner Mischung aus fanatisch-religiösen, politischen und kriminellen Motiven richtet das Zarqawi-Netzwerk seine Angriffe im Irak darüber hinaus gegen die christliche Minderheit, gegen jene sunnitischen Bevölkerungsteile, die mit den Alliierten oder der neuen Regierung kooperieren, sowie gegen die von ihm als religiöse Abtrünnige diffamierte schiitische Bevölkerungsmehrheit. Mit beispiellosen Anschlagsserien auf Moscheen und religiöse Zeremonien der Schiiten, denen neben unzähligen Zivilisten zahlreiche Vertreter aus Politik und Geistlichkeit zum Opfer fielen, verfolgt es seit 2004 eine betont anti-schiitische Bürgerkriegsstrategie, die die Zerstörung des labilen Gleichgewichts zwischen den Volksgruppen und Religionsgemeinschaften zum Ziel hat.

Dem Zarqawi-Netzwerk geht es darum, im Irak einen Bürgerkrieg zwischen Schiiten und Sunniten zu entfesseln und schiitische Gegenschläge zu provozieren. Die Aufrechterhaltung eines permanent chaotischen Umfelds soll die Existenz militanter Gruppen im Irak sichern und eine Ausgangsbasis für den Export des Jihad in die

Ziele der Anschläge auf alliierte Truppen, auf führende Repräsentanten der neugeschaffenen irakischen Institutionen, auf die neuformierten Sicherheitskräfte sowie auf unbeteiligte Zivilisten sind die permanente Destabilisierung, das Schüren von Konflikten zwischen den Volksgruppen und Religionsgemeinschaften sowie die Unterbindung des demokratischen Prozesses im Lande.

Dem Zarqawi-Netzwerk geht es darum, im Irak einen Bürgerkrieg zwischen Schiiten und Sunniten zu entfesseln und schiitische Gegenschläge zu provozieren. Die Aufrechterhaltung eines permanent chaotischen Umfelds soll die Existenz militanter Gruppen im Irak sichern und eine Ausgangsbasis für den Export des Jihad in die umliegenden arabischen Staaten Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien und Kuwait bilden.

Bild links:
ANSCHLAG LONDON 2005
(Quelle:Internet)



Bild rechts:
SIDDIQUE KHAN
(Quelle: Internet)



Mit den Anschlägen von Madrid am 11. März 2004 erfolgten die ersten großen islamistisch motivierten Anschläge in Europa, mit den Anschlägen von London am 7. Juli 2005 die ersten Selbstmordanschläge.

"Home-grown-networks" steht für Muslime der ersten oder zweiten Einwanderergeneration in Europa, die nur scheinbar integriert sind, sich im Laufe ihres Lebens radikalisierten und ihre terroristischen Aktivitäten schließlich gegen ihre Aufnahmeländer richteten.

umliegenden arabischen Staaten Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien und Kuwait bilden.

Das Beispiel Europa: Die Anschläge von Madrid und London. Mit den Anschlägen von Madrid am 11. März 2004 erfolgten die ersten großen islamistisch motivierten Anschläge in Europa, mit den Anschlägen von London am 7. Juli 2005 die ersten Selbstmordanschläge. Während die Attentäter von Madrid noch selbst nach Spanien migrierte Muslime waren, wurden bei den Londoner Anschlägen vier junge Muslime ermittelt, die größtenteils in Großbritannien geboren und dort aufgewachsen waren. Bisher ungeklärt ist, ob die Londoner Attentäter tatsächlich auf eigene Initiative handelten und selbst die Planung und Organisation der Anschläge übernahmen. Die Anschläge auf Zivilisten hatte einer der Attentäter in einem zuvor aufgezeichneten Bekennervideo mit dem Irak-Krieg und der britischen Beteiligung daran gerechtfertigt. Er gab an, bei der Entscheidung zu den Anschlägen vor allem von Bin Ladin, Zawahiri und Zarqawi "inspiriert worden" zu sein.

Wie im Falle der zwei Wochen später in London gescheiterten Anschlagversuche einer weiteren militanten Gruppe sowie der 2004 in Madrid und in Amsterdam (Van-Gogh-Mord) verübten Anschläge, spielten hierbei sogenannte "home-grown-networks" eine Rolle. "Home-grown-networks" steht für Muslime der ersten oder zweiten Einwanderergeneration in Europa, die nur scheinbar integriert sind, sich im Laufe ihres Lebens radikalisierten und ihre terroristischen Aktivitäten schließlich gegen ihre Aufnahmeländer richteten. Obwohl nicht abschließend geklärt ist, was die Radikalisierung der Attentäter beförderte, – bei den Attentätern vom 7. Juli 2005 ist lediglich gesichert, dass drei mehrfach in Pakistan waren –, scheinen Erfahrungen der Desintegration und Entwurzelung, vorhandene oder hierdurch verstärkte Ressentiments gegen die Aufnahmegesellschaften sowie der Irak-Krieg eine Rolle gespielt zu haben.

Die Bedrohung durch den transnationalen islamistischen Terrorismus. Die Anschläge von Madrid und London machen deutlich, dass es nicht grenzüberschreitender Strukturen des Terrornetzwerkes "al-Qa'ida" bedarf, um in Europa terroristisch aktiv zu werden. Vielmehr sind auch autonom operierende und semiprofessionelle Gruppen zu koordinierten und verheerenden simultanen Anschlägen in der Lage und bedürfen hierzu offenbar nicht zwingend einer operativen Steuerung oder zentralen Vorbereitung ihrer Aktivitäten. Im Falle der Attentäter, die die Anschläge mit dem – entsprechend der "al-Qa'ida"-Ideologie gegen die Gesamtheit der Muslime gerichteten – Irak-Krieg rechtfertigten, kann es ausreichen, dass sich potenzielle Täter von der internationalistischen "al-Qa'ida"-Ideologie beeinflussen lassen. Die Tatsache, dass neben der "al-Qa'ida"-Ideologie und Entwicklungen der

Literaturhinweise

internationalen Politik auch die persönliche Lebenssituation von Attentätern und ihr subjektives Lebensgefühl in der europäischen Gesellschaft aktionsauslösend sein können, erschwert die Bekämpfung des islamistisch motivierten Terrorismus durch Polizei und Nachrichtendienste erheblich.

Mit der Entwicklung hin zu einer Dezentralisierung des Jihad hat die Gefahr terroristischer Anschläge für alle europäischen Staaten eher zu- als abgenommen: Für zahlreiche Staaten muss von bislang nicht enttarnten oder potenziellen Jihadisten ausgegangen werden, die die Länder nicht mehr allein als einen Rückzugs- und Ruheraum zu nutzen versuchen, sondern inzwischen als Vorbereitungsraum und potenzielles Ziel von Anschlägen betrachten. Deutschland beispielsweise befindet sich im Fokus von Terroristen aufgrund seiner Beteiligung am weltweiten Kampf gegen den islamistischen Terrorismus – insbesondere in Afghanistan und am Afrikanischen Horn – sowie aufgrund der Ausbildung irakischer Polizeibeamter und Offiziere im Rahmen der NATO.

Nach übereinstimmender Einschätzung der Sicherheitsbehörden hält die Gefährdung durch den transnationalen islamistischen Terrorismus trotz wichtiger Erfolge im internationalen Anti-Terrorkampf weiter an. Angesichts der Anschlagdrohungen und verstärkten Rekrutierungsbemühungen von "al-Qa'ida" sowie der Gefahr, dass sich Menschen durch die "al-Qa'ida"-Ideologie beeinflussen lassen, besteht für zahlreiche europäische Länder weiter eine nicht nur abstrakte Gefährdung ihrer staatlichen Institutionen und Wirtschaftsunternehmen sowie eine unverändert hohe besondere Gefährdung der dort ansässigen US-amerikanischen, britischen, israelischen und jüdischen Einrichtungen.

Farschid, O. (2005). Islam als System. Grundzüge islamistischer Ideologie, in: Senatsverwaltung für Inneres (Hg) (2005). Islamismus – Diskussion eines vielschichtigen Phänomens.

Kepel, G. (2004). Die neuen Kreuzzüge. Die arabische Welt und die Zukunft des Westens, München ua.

Kepel, G./Milelli, J.-P. (Hg) (2006). Al-Qaida. Texte des Terrors, München ua.

Senatsverwaltung für Inneres – Abteilung Verfassungsschutz (Hg) (2005). Islamismus – Diskussion eines vielschichtigen Phänomens. Reihe Fokus. http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/stand2005/im_fokus_islamismus.pdf.

Senatsverwaltung für Inneres – Abteilung Verfassungsschutz (Hg) (2006). Islamismus. Reihe Info. http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/stand2005/info_islamismus.pdf.

Steinberg, G. (2005). Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München.

Steinberg, G. (2005). Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München.

Zusammenfassung

Jihadistische Ideologie aus dem Umfeld von "al-Qa'ida" ist eine Mischung aus ideologischen Elementen, festgefügt Feindbildern und politischer Kritik. Zu den ideologischen Elementen gehören die Verketzerung (takfir) sämtlicher aus Sicht der Jihadisten "nicht-linientreuer" Muslime, die Bekämpfung von als vermeintliche "Ungläubige" diffamierten und zu "Kreuzrittern" erklärten Juden und Christen weltweit, sowie an die "Gesamtheit der Muslime" gerichtete Aufrufe zur Anwendung des Jihad. Nicht übersehen werden sollte die Anziehungskraft ihrer internationalistischen Agenda, die Regimekritik, Anti-Kolonialismus und die Instrumentalisierung ungelöster Regionalkonflikte umfasst. Dies gilt insbesondere für den Irak-Krieg, den "al-Qa'ida" hauptsächlich als einen "gegen den Islam" und gegen die Gesamtheit der Muslime gerichteten Krieg darstellt.

Dieses Konglomerat aus Ideologie und politischer Kritik bildet den Kern der mittels Audio-, Video- und Internetverlautbarungen von Usama Bin Ladin, Aiman al-Zawahiri und Abu Mus'ab al-

Zarqawi verbreiteten Botschaften. Diese dienen darüber hinaus nicht allein der Außenkommunikation der Anschlagdrohungen, sondern auch der Binnenkommunikation innerhalb und im Umfeld der Netzwerke sowie der Anwerbung von Attentätern.

Dass dieser ungehindert kommunizierten jihadistischen Ideologie eine nicht unerhebliche Wirkung zukommt, belegen nicht zuletzt die Lage im Irak sowie die Anschläge von Madrid und London. In Europa genügt den Attentätern offenbar bereits eine ideologisch-politische Beeinflussung durch "al-Qa'ida", um die Anschläge zu planen, zu organisieren und durchzuführen. Diese Tendenz setzt den Prozess der Dezentralisierung des mittlerweile vermehrt als "ideologische Leitstelle" wirkenden Netzwerks "al-Qa'ida" fort und erhöht die Gefahr jihadistisch motivierter Anschläge für alle europäischen Staaten.